

## Die USA – eine scheiternde Demokratie?

---

*Sind die USA als Demokratie für die Herausforderungen des 20. Jahrhunderts noch gerüstet?*

*Die Krise der amerikanischen Demokratie geht weit über den disruptiven Amtsvorgänger von Joe Biden hinaus. Es sind zum Teil lange zurückliegende Fehlentwicklungen in Politik, Kultur und Gesellschaft, die den Aufstieg dieses politischen Außenseiters ermöglicht haben. Es gibt sogar gewisse Parallelen zwischen dem Populismus eines Andrew Jackson und eines Donald Trump, die zweifellos bei der Lektüre der Materialien 1-4 von Jacksonian Democracy aufgefallen sind.*

### **Drei amerikanische Politologen analysieren den Zustand der Demokratie in den USA im Jahr 2018:**

Die steigende politische Polarisierung gilt der Forschung seit Langem als zentraler Faktor hinter dem demokratischen Niedergang eines Landes. Extreme Polarisierung führt dazu, dass Politiker und ihre Anhänger die gegnerische Seite als illegitim und in manchen Fällen gar als existentielle Bedrohung sehen. Demokratische Normen leiden darunter, wenn

5 Politiker willens sind, Regeln zu brechen, mit antidemokratischen Extremisten zu kooperieren und in bestimmten Situationen sogar zur Gewalt gegenüber politischen Kontrahenten aufrufen, um sie von Ämtern fern zu halten. Nur wenige Demokratien können unter solchen Bedingungen lange überleben.

[...] Die Partei des Weißen Hauses wandte nie ihr gesamtes Arsenal an Machtinstrumenten gegen die andere Seite an. Tatsächlich ist die systematische Nichtausschöpfung ihrer Macht seitens der Präsidenten und Kongressmehrheiten historisch gesehen eine wesentliche

10 Ursache für die demokratische Stabilität des Landes gewesen.

Mit der Verabschiedung des Civil Rights Act und des Voting Rights Act in den 1960er-Jahren sollte eine grundlegende Neuausrichtung (*Realignment*) des amerikanischen

15 Parteiensystems eingeläutet werden. Waren die Demokraten zuvor der Garant der weißen Vorherrschaft und die Republikaner die Partei des Sklavenbefreiers Lincoln, so erfolgte nun eine immer klarere Spaltung der Wählerschaft beider Parteien entlang »rassischer« Linien.

Schwarze aus den Südstaaten fühlten sich immer stärker der Demokratischen Partei zugehörig, während ihre weißen Nachbarn diese verließen und zu Republikanern wurden.

20 Viele weiße Südstaatler stimmten aus ökonomischen Gründen für die Republikaner: Die Einkommen in der Region stiegen und erhöhten die Anziehungskraft der Republikanischen Wirtschaftspolitik. Doch genauso viele wählten die Republikaner für ihre konservativen Standpunkte in der Rassenfrage und ihrer strikten Law-and-Order-Politik.

Diese Neuausrichtung des nationalen Parteiensystems trug zur Veränderung der

25 Zusammensetzung des Kongresses bei. In den folgenden Jahrzehnten transformierte sich der Süden von einer Einparteienherrschaft der Demokraten zu einer Republikanisch dominierten Region. [...] Das Ergebnis sind zwei ideologisch homogene — und disziplinierte — Parteien. Verschwunden sind sowohl parteiübergreifende Themenbereiche, die den Parteienkonflikt dämpfen, als auch moderate Mitglieder beider Fraktionen, denen eine

30 elementare Rolle bei der Ausarbeitung legislativer Übereinkünfte zukam. [...]

Bis in die 1990er Jahre erhielten Amerikaner ihre Nachrichten meist durch eine Handvoll von Fernsehkanälen, die ein hohes Maß an Vertrauen genossen. Politiker waren ihrerseits auf die Medien angewiesen, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erlangen. Sie konnten es sich kaum leisten, Medienvertreter zu verprellen. Doch in den letzten 20 Jahren hat sich

35 auch die Polarisierung in den Medien zugespitzt. Der Aufstieg von Fox News stellte den Startschuss für eine Ära dar, in denen sich Nachrichtenkanäle einer klaren parteipolitischen Ausrichtung verschreiben. Das Internet hat es zudem Bürgern erleichtert, Nachrichten ausfindig zu machen, die ihre bestehenden Standpunkte untermauern. Außerdem hat es zum Untergang von lokalen und regionalen Zeitungen beigetragen.

40 Heutzutage konsumieren Demokraten und Republikaner Nachrichten aus völlig verschiedenen Quellen, während der Einflussverlust der traditionellen Medien sich rasant

beschleunigt hat. Infolgedessen sind die Wähler empfänglicher für Fake News und vertrauen mehr denn je den Signalgebern der Parteien. Werden Ereignisse durch eine fragmentierte und polarisierte Medienwelt gefiltert, so nehmen die Amerikaner fast alle politischen Geschehnisse ausschließlich durch die eigene Parteibrille wahr. [...]

Die Einkommensungleichheit innerhalb der amerikanischen Gesellschaft befindet sich heute auf dem höchsten Niveau seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre. Das explosive Einkommenswachstum an der Spitze hat zu einer steigenden Unterstützung für eine konservative Wirtschafts- und Steuerpolitik unter wohlhabenden Wählern und Parteispendern geführt — und die Republikanischen Parlamentarier immer weiter nach rechts getrieben. Die seit drei Jahrzehnten stagnierenden Löhne der Arbeiterklasse haben außerdem — gerade auf Seiten ländlicher weißer Wähler — eine rechtspopulistische Reaktion mit rassistischen Untertönen ausgelöst. Ihre Wut richtet sich gegen linksliberale Ausgabenprogramme, die aus ihrer Sicht hauptsächlich urbanen Minderheiten zugutekommen. [...]

Die parteipolitische Polarisierung gefährdet die amerikanische Demokratie in vielerlei Hinsicht. Zuerst führt sie zu vollkommenem Stillstand in der Politik (Gridlock), insbesondere wenn Exekutive und Legislative von unterschiedlichen Parteien kontrolliert werden. Steigt der Grad der Polarisierung verabschiedet der Kongress weniger und weniger Gesetze, und wichtige Themen bleiben ungelöst. Die Folge dieser Funktionsstörung ist ein enormer Vertrauensverlust innerhalb der Bevölkerung, auch hier entsprechend der Parteizugehörigkeit. [...]

Noch gefährlicher ist das Ausmaß der Radikalisierung der Republikanischen Partei. [...] In den letzten zwei Jahrzehnten haben viele gewählte Republikanische Amtsinhaber, Aktivisten und Medienvertreter angefangen, ihre Demokratischen Rivalen als eine existenzielle Bedrohung — der nationalen Sicherheit oder ihrer Lebensweise — zu behandeln und damit aufgehört, sie als legitim anzuerkennen. Trump selbst erlangte politische Bekanntheit, indem er die Staatsbürgerschaft Präsident Barack Obamas infrage stellte. Im Verlauf der Kampagne des Jahres 2016 bezeichnete er seine Gegnerin Hillary Clinton immer wieder als Verbrecherin, derweil führende Republikanische Persönlichkeiten während des Nominierungsparteitags »Sperrt-sie-ein«-Sprechchöre anstimmten.

Parteien, die ihre Gegner als illegitim betrachten, greifen eher auf extreme Maßnahmen zurück, um sie zu schwächen. In der Tat hat sich die Republikanische Partei zunehmend von den etablierten Normen der Zurückhaltung und Kooperation — essentielle Säulen der politischen Stabilität des Landes — abgewandt. Stattdessen hat sie sich Taktiken zu eigen gemacht, die zwar legal sind, jedoch demokratische Traditionen verletzen und dazu führen, dass politische Konflikte auf eine immer aggressivere Art und Weise ausgetragen werden. [...]

Auf einzelstaatlicher Ebene sind die Republikaner sogar noch weiter gegangen und haben Gesetze verabschiedet, die ihre Rivalen schwächen sollen. Das eklatanteste Beispiel ist im Einzelstaat North Carolina vorzufinden. Dort verabschiedete die Republikanische Legislative vor dem Amtsantritt des neugewählten Demokratischen Gouverneurs eine Reihe von Gesetzen, die dessen Kompetenzen tiefgreifend beschnitten. In mehr als einem Dutzend Einzelstaaten haben Republikaner Gesetze eingebracht, die bestimmte Arten von politischem Protest kriminalisieren. Noch verstörender sind legislative Vorstöße mit dem Ziel der Beschneidung des Wahlrechts. Der Öffentlichkeit werden diese Maßnahmen als notwendige Schritte gegen massiven Wahlbetrug verkauft — obwohl keinerlei Beweise diese Behauptung untermauern. Gerade in Einzelstaaten, in denen Republikaner kürzlich knappe Mehrheiten errungen haben, sind Gesetze dieser Art verabschiedet worden. Dies lässt den Schluss zu, dass der wahre Grund dieser Vorstöße darin besteht, die Wahlbeteiligung wahrscheinlicher Demokratischer Wähler — vor allem von ethnischen Minderheiten — zu reduzieren.

(Robert Mickey, Steven Levitsky, Lucan Ahmad Way, Ist Amerika noch reif für die Demokratie? Warum den vereinigten Staaten ein Rückfall in autoritäre Verhältnisse bevorstehen könnte, in: Patrick Horst, Philipp Adorf, Frank Decker (Hg.), Die USA – eine scheiternde Demokratie?, Frankfurt/Main 2018, S. 17-32, S. 23ff.)